

Umschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **55 (1968)**

Heft 21

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

geschlossen betrachtet werden kann, versucht nun die Jugendfraktion in ihren Eingaben an den Bundesrat und an die Konferenz der Erziehungsdirektoren zur ganzen Problematik eine eingehende Stellungnahme zu erhalten. Insbesondere werden die Adressaten zu folgenden Punkten um ihre Meinung gebeten: Die Jugendfraktion ist der Meinung, daß sich im Zusammenhang mit der zunehmenden Binnenwanderung Probleme auf dem Schulsektor ergeben, welche eine vermehrte interkantonale Koordination notwendig machen. Die Verschiedenartigkeit der kantonalen Schulsysteme bringt für Schulkinder, welche in einen andern Kanton übersiedeln, sowie auch für die Lehrerschaft, erhebliche zusätzliche Aufgaben. Den betroffenen Kindern können daraus große Nachteile erwachsen, welche nicht nur das Weiterkommen in der Schule, sondern auch die seelische Entwicklung des Kindes beeinträchtigen.

Die Jugendfraktion ist der festen Ansicht, daß nun zum heutigen Zeitpunkt eine schnellere und wirksamere Koordination eingeleitet werden muß. Eine solche Koordination sollte zumindest in bezug auf das Eintrittsalter, den Schulbeginn, die Lehrmittel, die Schulmethoden und Stoffpläne, den Beginn des Fremdsprachenunterrichts, die Aufnahmebedingungen und den Übertritt in die Sekundar- und Mittelschulen sowie auf dem Gebiete der Lehrerausbildung gesucht werden. Die Jugendfraktion ist überzeugt, daß mangels einer notwendigen Bundeskompetenz eine Koordination in absehbarer Zeit nicht zustandekommen kann. Aus diesen Überlegungen wurde der Bundesrat und die Konferenz der Erziehungsdirektoren um eine Stellungnahme zu nachfolgenden Fragen gebeten:

1. Wie beurteilen die Herren Bundesräte die Notwendigkeit der erwähnten Beispiele über die von uns gewünschte Koordination?
2. Kann die Koordination durch freiwillige Bestrebungen in kürzerer Zeit verwirklicht werden?
3. Kann über den Ausbau des ständigen Sekretariates der Konferenz der Erziehungsdirektoren die freiwillige Koordination wirksam gefördert werden?
4. Sind die Herren Bundesräte nicht auch der Meinung, daß eine neue verfassungsmäßig geordnete Bundeskompetenz notwendig ist, um die Schulkoordination überhaupt wirksam zu erzielen.

In Anbetracht der Tatsache, daß in der ganzen

Welt gewisse extreme Elemente einen Aufruhr herbeigeführt haben, erachtet es die Jugendfraktion als Aufgabe der demokratisch gesinnten Jugend, Reformbedürftiges aufzugreifen und auf legalem Weg bestmögliche Lösungen zu finden und auszuarbeiten. Die Bildungspolitik ist ein Problem, welches vor allem die Jugend stark beschäftigt, weil sie sich – direkt oder indirekt – mit den Schulproblemen verbunden fühlt. Zudem wird der Bildungsfaktor die Zukunft der Schweiz auf lange Sicht maßgebend beeinflussen. Daß die Jugend für die Jugend positive Lösungen sucht und sich bereit erklärt, auf seriöser und demokratischer Grundlage zu arbeiten, sollte besonders beachtet werden.

Mit diesen Darlegungen wurde dem Bundesrat und der Konferenz der Erziehungsdirektoren gleichzeitig mitgeteilt, daß die Vorbereitungen für eine entsprechende Verfassungsinitiative bereits in vollem Gange sind. Das Einsetzen der Initiative wird weitgehend von der Antwort dieser beiden Instanzen abhängig sein.

Die Bereitschaft der Jugend für eine seriöse Mitarbeit an den großen Problemen der Bildungspolitik ist vorhanden. Sie verdient die uneingeschränkte Unterstützung aller Kreise, welche die Grundlagen eines Rechtsstaates anerkennen. Die Jugend muß heute ernst genommen werden, nur so können Ereignisse wie diejenigen von Zürich vermieden werden.

Bern, den 6. August 1968

Umschau

Gelesen und notiert

- An verschiedenen Schulen in Ungarn wird mit dem *Fremdsprachenunterricht* versuchsweise bereits in der 3. Klasse, das heißt mit 8 Jahren begonnen. Kinder, die gute Leistungen in der Muttersprache aufweisen, werden in einer besonderen Abteilung zusammengefaßt. Aber auch schwächere Schüler werden auf Wunsch zugelassen. Bis heute liegen ausgezeichnete Resultate vor.
- *Dornach* will den *Französischunterricht in der Primarschule* vom 6. auf das 4. Schuljahr vorverlegen. Es werden fachliche und methodische Kurse für audio-visuellen Unterricht zur Ausbildung von Primarlehrern für Französisch noch in diesem Jahr durchgeführt.

- Mehr und mehr werden an *englischen Volksschulen Fremdsprachen* gelehrt. In einer Grafschaft kennen von 176 Primarschulen deren 111 Sprachkurse; vor sechs Jahren waren es nur sechs. In Schottland ist die Zahl der Schulen, die Französischunterricht erteilen, innert kurzer Zeit von 25 auf 850 angestiegen.
- In *Sitten* erhielten während des vergangenen Schuljahres rund 600 *Erst- und Zweitkläbler* Deutschunterricht nach der Methode Dr. Jean Cuttat's. Der Erfolg ist verblüffend. *Das Oberwallis bemüht sich um einen entsprechenden Französischkurs*. Eine Schule in Vevey und die französische Schule in Zürich haben die Methode übernommen.
- Das Unterrichtsministerium in Rumänien plant einen früheren Schulbeginn und eine Verlängerung der Schulpflicht auf 10 Jahre.
- *Schwyz*: Der Erziehungsrat erteilte dem Pädagogischen Institut der Universität Freiburg Auftrag, einen *Gesamtplan der Schulen im Kanton Schwyz* auszuarbeiten. Dieser soll den gesamtschweizerischen Bemühungen um Koordination, insbesondere den bereits empfohlenen Maßnahmen der Erziehungsdirektorenkonferenz, Rechnung tragen. Der Auftrag wurde auf Vorschlag der «Planungskommission für Schulfragen» erteilt, die in einem Zwischenbericht über ihre Arbeiten auf die Notwendigkeit hinwies, die Wissenschaft beizuziehen.
- Der *Zuger Regierungsrat* beantragt dem Kantonsrat, im momentan in Behandlung stehenden neuen Schulgesetz die Möglichkeit zur Einführung einer *Diplomprüfung am Ende der Sekundarschulzeit* vorzusehen. Er begründet diese Forderung zur Hauptsache mit der Meinung, daß dadurch ein gesunder Einsatz der Schüler gefördert werden könne.
- Deutsche *Spezialpsychologen* haben festgestellt, daß die Zahl der geistig zurückgebliebenen Kinder anteilmäßig zum Bevölkerungszuwachs in den Jahren 1958 bis 1965 ständig abnahm. Dagegen hätte sich die Zahl der frühentwickelten Kinder verzehnfacht.
- Die Bezirkskonferenzen des Kantons *Thurgau* nahmen zur Umfrage über die Lehrerbildung wie folgt Stellung:
Mit 655 gegen nur 20 Stimmen wird die Ausdehnung der Ausbildungszeit der Seminaristen von 4 auf 5 Jahre befürwortet. Mit 549 gegen 81 Stimmen wurde dem Einbau der Rekrutenschule in die Ausbildungszeit am Seminar zugestimmt. 346 Lehrer sprachen sich für die Wählbarkeit der Lehrer unmittelbar nach erfolgter Patentprüfung aus, während 244 mit der Wahlberechtigung zuwarten möchten, bis 2 Jahre Schulpraxis vollendet sind. 274 Stimmen waren der Meinung, daß die Berufsbildung am Seminar genüge, während 348 eine obligatorische Weiterbildung als nützlich und nötig erachten. 498 Stimmen wurden für die Beibehaltung des Seminars als eigenständige Berufsschule abgegeben, während 81 sich mit der Angliederung eines Maturitätszuges befreunden könnten.
- Die *solothurnische Lehrerschaft* befürwortet eine intensive *Lehrerweiterbildung* und, gemeinsam mit andern Kantonen, ein Zentrum für Schulfragen und Lehrerfortbildung.

- Von 1960 bis 1966 haben sich die gesamten Bildungs- und Forschungsaufwendungen von Bund, Kantonen und Gemeinden in Form der laufenden Betriebsausgaben (einschließlich 30% der Betriebsausgaben der Universitätsspitäler) sowie der Bau- und Einrichtungsinvestitionen mehr als verdoppelt. Sie sind von 1,2 Milliarden Franken auf 2,6 Milliarden Franken gestiegen, was annähernd 5% des schweizerischen Volkseinkommens entspricht. (Wirtschaftsnotizen der Schweizerischen Bankgesellschaft, Juli/August 1968.) Aus derselben Quelle geht hervor, daß die laufenden Betriebsausgaben, das heißt ohne Bau- und Einrichtungsinvestitionen, für einen Primarschüler 1966 im Durchschnitt rund 1200.— Franken, für einen Sekundarschüler Fr. 1600.—, für einen Mittelschüler Fr. 3500.—, für einen Studenten an einem Tagestechnikum Fr. 4000.— und für einen Hochschulstudenten Fr. 9400.— betragen. Ein Medizinstudent kostet jährlich Fr. 28 000.—.
- Während die Gesamtzahl an Primar- und Sekundarschülern von 1960 bis 1966 lediglich um 6,4 % gestiegen ist, hat die Zahl der Schüler, die eine öffentliche Mittelschule besuchen, um 71% auf 52 000, jene der Studenten an den Tages- und Abendtechniken um 42% auf 7800 und jene der Hochschulstudenten um 57% auf 33 500 zugenommen.
- Aus dem jüngsten Bericht des statistischen Amtes Zürich über die *Hochschulstatistik* geht hervor, daß in der Studienwahl noch weitgehend die Familientradition bestimmend ist. Immerhin ist der *Anteil der Studierenden aus Arbeiterkreisen* von 6,3 % (1951-1955) auf 13,1% angestiegen.

Aus den Mitteilungen der Zentralen Informationsstelle für Fragen des Schulwesens in der Schweiz, Genf, September 1968.

Mitteilungen

Corrigenda zu «Präsens oder Gegenwart?»

Nr. 19., S. 742, rechte Spalte, oben, ist zu korrigieren:
... *Un jour d'été, Jeanné d'Arc voit une vive lumière* (5)

(*présent historique*)

Il travaille chez son oncle depuis deux ans (6)

R. Hunkeler

Krankenkasse des Katholischen Lehrervereins der Schweiz

Einladung zur Generalversammlung des Jahres 1968

Diese findet statt wie gewohnt im Rahmen der Delegiertenversammlung des Kath. Lehrervereins der Schweiz, am 23. November in Zürich. Traktanden gemäß Statuten Art. 70. Bitte die Einladung zur Delegiertenversammlung in der «Schweizer Schule» beachten.

Der Vorstand